

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Umwelt- und Agrarausschuss**

16. WP - 23. Sitzung

am Mittwoch, dem 6. Dezember 2006, 14 Uhr  
im Sitzungszimmer 383 des Landtages

### **Anwesende Abgeordnete**

Klaus Klinckhamer (CDU)

Vorsitzender

Axel Bernstein (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Herlich Marie Todsens-Reese (CDU)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Konrad Nabel (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

i. V. von Günther Hildebrand

### **Weitere Abgeordnete**

Lars Harms (SSW)

### **Fehlende Abgeordnete**

Claus Ehlers (CDU)

Sandra Redmann (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Ernährungs- und Lebensmittelforschung in Kiel stärken</b>	<b>5</b>
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/1084	
(überwiesen am 1. Dezember 2006)	
hier: Gespräch mit Prorektor Prof. Dr. Siegfried Wolffram, CAU Kiel	
<b>2. Bericht der Landesregierung über Genreis in Schleswig-Holstein</b>	<b>7</b>
Antrag des Abg. Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Umdruck 16/1451	
<b>3. Bürokratie abbauen - Sportboothafenverordnung überarbeiten</b>	<b>9</b>
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/873	
(überwiesen am 30. Juni 2006 an den <b>Innen- und Rechtsausschuss</b> , den Wirtschaftsausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss)	
hierzu: Umdruck 16/1240	
<b>4. Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Verwaltungsmodernisierung (Erstes Verwaltungsmodernisierungsgesetz)</b>	<b>10</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1006	
(überwiesen am 11. Oktober 2006 an den <b>Finanzausschuss</b> , den Innen- und Rechtsausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss)	
hierzu: Umdrucke 16/1286, 16/1288, 16/1289, 16/1291, 16/1305, 16/1320, 16/1405, 16/1410, 16/1426, 16/1428, 16/1481	

**5. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbodenschutz- und Altlastengesetzes (LBodSchG) 12**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/1063

(überwiesen am 1. Dezember 2006)

- Verfahrensfragen -

**6. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesabfallwirtschaftsgesetzes (LAbfWG) 13**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/1064

(überwiesen am 1. Dezember 2006)

- Verfahrensfragen -

**7. Verschiedenes 14**

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt der Vorsitzende, durch die Plenardebatte halte er einen Bericht zum Thema über den Verkauf des Waldes Christianslust für erledigt und beantragt, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen. - Der Antrag wird mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Ernährungs- und Lebensmittelforschung in Kiel stärken**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/1084

(überwiesen am 1. Dezember 2006)

hier: Gespräch mit Prorektor Prof. Dr. Siegfried Wolffram, CAU Kiel

hierzu: Umdruck 16/1587

Herr Prorektor Prof. Dr. Siegfried Wolffram von der CAU Kiel trägt das aus Umdruck 16/1587 ersichtliche Statement vor.

Der Vorsitzende hält die vorgetragene Argumentation für überzeugend und einleuchtend und erklärt, dass der Ausschuss die Intention der CAU unterstütze.

Herr Prof. Dr. Wolffram bestätigt auf eine Nachfrage von Abg. Dr. Höppner, dass die Durchführung der Pläne des Bundesernährungsministeriums erhebliche Auswirkungen auf die Exzellenzinitiative Entzündungsforschung sowie das geplante Kompetenzzentrum Milch hätte. Abg. Dr. Höppner hält es für geboten, den historischen Forschungsstandort Kiel zu erhalten.

Abg. Dr. Klug weist auf die Bewertung des Wissenschaftsrats der Agrarwissenschaftlichen Fakultäten vom 16. November 2006 hin. Danach habe die Kieler Universität eine Bewertung von eins plus erhalten. Ein zentraler Punkt der Bewertungen und Empfehlungen des Wissenschaftsrats sei die in Kiel existierende Vernetzung zwischen universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Vor diesem Hintergrund sollte an die Landesregierung appelliert werden, alles in ihren Möglichkeiten Stehende auszuschöpfen, den Standort in Kiel zu erhalten.

Abg. Harms fragt nach dem geplanten zeitlichen Ablauf. - Herr Prof. Dr. Wolfram hat dazu keine verbindlichen Informationen. Nach seiner Kenntnis sei eine Entscheidung, die ursprünglich für Dezember vorgesehen gewesen sei, auf April nächsten Jahres verschoben worden. Beabsichtigt sei eine moderate Abwicklung bis in die Jahre 2010, 2015.

Abg. Rodust hält es nicht nur für erforderlich, die Landesregierung zum Tätigwerden aufzufordern, sondern selbst alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die über die Fraktionen oder Parteien bestehen. So habe beispielsweise die SPD-Fraktion mit der Gruppe der Bundestagsabgeordneten diskutiert und ihnen dieses Thema nachdrücklich ans Herz gelegt.

Auch Abg. Todsens-Reese hält es für sinnvoll, über die Bundestagsabgeordneten tätig zu werden. Sie schlägt weiter vor, den Bundesminister um einen Gesprächstermin mit dem Vorsitzenden und den agrarpolitischen Sprechern zu bitten.

Abg. Dr. Höppner unterstützt diesen Vorschlag.

St Rabiuss schildert im Einzelnen die Aktivitäten der Landesregierung. Danach habe es mehrere Schreiben des Ministerpräsidenten und auch persönliche Ansprachen gegeben. Daneben hätten Gespräche auf Verwaltungsebene stattgefunden.

Abg. Dr. Klug merkt an, nach seinen Informationen sei auf Bundesebene eine Entscheidung im Januar zu erwarten, und zwar auf der exekutiven Ebene. Gremien des Bundestages seien nicht einbezogen. Vor diesem Hintergrund halte er ein Signal im Sinne eines Landtagsbeschlusses für hilfreich. Außerdem schlägt er vor, dass sich der Ausschuss weiter mit dem Thema beschäftigt.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag, den Antrag unverändert anzunehmen. Außerdem besteht Einvernehmen darüber, diesen in der Dezember-Tagung in zweiter Lesung zu behandeln.

Des Weiteren verständigt sich der Ausschuss darauf, einen mit den Unterschriften der Ausschussmitglieder versehenen Brief an Minister Seehofer zu schreiben.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Bericht der Landesregierung über Genreis in Schleswig-Holstein**

Antrag des Abg. Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Umdruck 16/1451

St Rabijs berichtet über Genreis in Schleswig-Holstein und sagt dem Ausschuss zu, ihm den Bericht in schriftlicher Form zur Verfügung zu stellen.

Auf eine Frage des Abg. Matthiessen hinsichtlich der Quantitäten legt St Rabijs dar, dass darüber keine Angaben vorhanden seien. Herr Dr. Sturm sagt zu, bei den Unternehmen nachzufragen und dem Ausschuss das Ergebnis dieser Nachfrage zur Verfügung zu stellen.

Auf eine Frage des Abg. Dr. Klug merkt St Rabijs an, dass Hinweise auf eine Gesundheitsgefährdung nicht bekannt seien. Im Übrigen verweist er darauf, dass die nachgewiesene Menge weniger als 0,05 % betragen habe.

Herr Dr. Sturm legt auf eine Frage des Abg. Harms dar, dass für eine der nachgewiesenen gentechnisch veränderten Reissorten in den USA inzwischen eine Genehmigung vorliege. Ob Genehmigungsverfahren für die anderen zwei Sorten durchgeführt würden, sei ihm derzeit nicht bekannt. Es deute allerdings einiges darauf hin. St Rabijs ergänzt, dass es sich bei den entsprechenden Genehmigungsverfahren um zum Teil sehr langfristige Verfahren handele. Zum Thema Kennzeichnungspflicht führt er aus, dass eine Kennzeichnung vorgenommen werden müsse, sofern gentechnisch veränderte Produkte verkauft würden.

Abg. Matthiessen legt dar, bei zugelassenen gentechnisch veränderten Sorten gebe es eine Toleranzgrenze von 0,3 %. Er fragt nach, ob es diese Grenze auch bei gentechnisch nicht veränderten Lebensmitteln gebe. St Rabijs gibt bekannt, dass derzeit bei gentechnisch nicht veränderten Lebensmitteln eine Nullprozentgrenze vorhanden sei. Vor dem Hintergrund, dass Verunreinigungen dadurch entstehen könnten, dass etwa bei der Verpackung dieselben Maschinen benutzt würden, spricht er sich für die Einführung einer Bagatellegrenze aus.

Herr Dr. Sturm verneint die Frage des Abg. Matthiessen, ob die in Rede stehenden gentechnisch veränderten Reissorten gemarkert seien.

Abg. Matthiessen möchte wissen, ob die in den USA erfolgte Zulassung eine für Versuchszwecke oder für den Verkauf sei. St Rabijs geht davon aus, dass es sich um eine Zulassung für den kommerziellen Anbau handele.



Punkt 3 der Tagesordnung:

**Bürokratie abbauen - Sportboothafenverordnung überarbeiten**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/873

(überwiesen am 30. Juni 2006 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Wirtschaftsausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss)

hierzu: Umdruck 16/1240

Der Ausschuss schließt sich einstimmig dem aus Umdruck 16/1240 ersichtlichen Votum des Wirtschaftsausschusses an und empfiehlt dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, so zu verfahren.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Verwaltungsmodernisierung (Erstes Verwaltungsmodernisierungsgesetz)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/1006

(überwiesen am 11. Oktober 2006 an den **Finanzausschuss**, den Innen- und Rechtsausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/1286, 16/1288, 16/1289, 16/1291, 16/1305, 16/1320,  
16/1405, 16/1410, 16/1426, 16/1428, 16/1481

St Rabiuss führt kurz in den Gesetzentwurf ein.

Der Vorsitzende beantragt, Artikel 11 Nr. 5 ersatzlos zu streichen.

Abg. Dr. Klug äußert eine Reihe von Bedenken gegen den vorliegenden Gesetzentwurf. So befürchtet er eine einseitige Begünstigung der Hamburger Stadtwerke, eine mögliche Gebührenerhöhung im Fall einer Teilprivatisierung beziehungsweise eine mögliche Gebührenerhöhung wegen der Umsatzsteuerpflichtigkeit der Hamburger Stadtwerke bei Tätigkeiten auf schleswig-holsteinischem Gebiet. Für ungeklärt hält er auch die Frage, was passiere, wenn sich Hamburg zur Privatisierung ihrer Stadtentwässerung entschlöße. Schließlich befürchtet er, dass die von der Landesregierung vorgeschlagene Regelung mit den Wettbewerbsregeln der EU kollidieren könnte.

AL Wienholdt erläutert, wenn eine gesetzliche Aufgabe betroffen sei, griffen die Wettbewerbsregeln der EU nicht. Hinsichtlich der Privatisierung verweist er zum einen auf den langen Entscheidungsprozess in Hamburg, der als Ergebnis eine Nichtprivatisierung gehabt habe, zum anderen darauf, dass bundesweit nicht an Privatisierungen gedacht werde.

Er merkt im Übrigen an, dass es bereits seit längerer Zeit in der Praxis eine Zusammenarbeit schleswig-holsteinischer Kommunen mit Hamburg gebe. Die Änderungen des vorliegenden Gesetzes seien vor dem Hintergrund der Beanstandungen der EU erfolgt. Nach der jetzigen Gesetzeslage sei eine bilaterale Regelung ohne Gründung eines Zweckverbandes nicht möglich. Diese Möglichkeit solle nunmehr eröffnet werden. Im Übrigen beziehe sich die Regelung nicht nur auf eine Zusammenarbeit mit Hamburg. Eine Regelung, die größere Teile des

Landes Schleswig-Holstein umfasse oder weite Entfernungen beinhalte, sei durch den Begriff „ortsnah“ ausgeschlossen.

St Rabijs fügt hinzu, bei einer möglichen Privatisierung in Hamburg sei ein Widerruf möglich.

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Finanzausschuss mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der FDP, den Gesetzentwurf in der vom Vorsitzenden beantragten Weise zu ändern und den so geänderten Gesetzentwurf anzunehmen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbodenschutz- und Altlastengesetzes (LBodSchG)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/1063

(überwiesen am 1. Dezember 2006)

- Verfahrensfragen -

Der Ausschuss beschließt einstimmig, schriftliche Stellungnahmen einzuholen. Als Frist bis zur Abgabe der Stellungnahme wird der 16. Februar 2007 festgelegt. Die Anzuhörenden sollen gegenüber der Geschäftsführung binnen einer Woche benannt werden.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesabfallwirtschaftsgesetzes  
(LAbfWG)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/1064

(überwiesen am 1. Dezember 2006)

- Verfahrensfragen -

Der Ausschuss beschließt einstimmig, schriftliche Stellungnahmen einzuholen. Als Frist bis zur Abgabe der Stellungnahme wird der 16. Februar 2007 festgelegt. Die Anzuhörenden sollen gegenüber der Geschäftsführung binnen einer Woche benannt werden.

Punkt 7 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

- a) Abg. Matthiessen spricht den Beschluss des Ausschusses zu Beginn der Sitzung an, den Bericht der Landesregierung über den Verkauf des Waldes Christianslust von der Tagesordnung abzusetzen. Er kritisiert, dass keine Gelegenheit zur Diskussion vorhanden gewesen sei, sodass er seine Argumente nicht habe vortragen können.

Der Vorsitzende weist den Vorwurf zurück. Er verweist darauf, dass er seinen Antrag begründet habe. Darauf habe ordnungsgemäß eine Abstimmung stattgefunden. Abg. Matthiessen habe es freigestanden, sich zu Wort zu melden.

Abg. Todsen-Reese hält die Kritik für überzogen. Auch sie weist sie zurück. Im Übrigen stellt sie fest, dass Abg. Matthiessen den Sitzungsraum während dieser Diskussion verlassen sei.

Abg. Dr. Höppner regt an, derartige Fragen künftig im Vorwege mit dem Ausschussvorsitzenden zu besprechen.

- b) Der Ausschuss erörtert, angeregt von St Rabijs, mögliche Vorgehensweisen bei der Umsetzung der Umweltinformationsrichtlinie in Schleswig-Holsteinisches Landesrecht vor dem Hintergrund des von der EU eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahrens.

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, schließt die Sitzung um 15:35 Uhr.

gez. Klaus Klinckhamer  
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter  
Geschäfts- und Protokollführerin